

Helmut Jacobs zu TOP 30:

Referendarbezüge

Auch wenn der Tagesordnungspunkt mit „Referendarbezüge“ überschrieben ist, geht es in dem vorgelegten Bericht um Maßnahmen zur Lehrernachwuchssicherung. Er gibt einen Überblick über die Anstrengungen des Landes in den letzten Jahren, den Lehrernachwuchs zu sichern und den Lehrerberuf attraktiv zu machen.

Das KLAUS-Konzept von 1996 brachte mit 450 neuen Stellen, aber auch mit unangenehmen Maßnahmen wie Arbeitszeiterhöhung und Wegfall von Ermäßigungs- und Ausgleichsstunden insgesamt einen Gegenwert von rund 1.600 Stellen für den Unterricht. Mit den 1000 neuen Stellen, die wir bis 2005 schaffen, und dem Ersatzbedarf durch die Pensionierungen müssen bis 2005 insgesamt 4.700 Lehrerstellen besetzt werden. Das ist mit den zu erwartenden Absolventen der Hochschulen des Landes nicht zu machen.

Der künftige Bedarf verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle Fächer, und aus finanziellen Gründen kann niemand Neueinstellungen „auf Vorrat“ vornehmen. Während es in einigen Bereichen ein Überangebot gibt, fehlen an den allgemeinbildenden Schulen Fachkräfte in den naturwissenschaftlichen Fächern und an den berufsbildenden Schulen z.B. Metall- und Elektrotechniklehrer.

Die anderen Bundesländer haben die gleichen Probleme; das zwingt zur Zusammenarbeit, aber hoffentlich nicht zu wilden Abwerbe-Aktionen, wie wir sie bereits gesehen haben. In den Berufsschulen trifft uns das Nachwuchsproblem bereits akut, und die KMK hat länderübergreifende Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit Werbemaßnahmen, dem Abbau von Mobilitätsbeschränkungen (z.B. soll das Lehrertauschverfahren vereinfacht werden) und mit Nachqualifizierungsprogrammen befassen (z.B. wird über Weiterqualifikation aus Überhangbereichen in Engpassbereiche nachgedacht).

Im Hochschulbereich soll ein Wechsel aus Magister- oder Diplomstudiengängen in Lehramtsstudiengänge erleichtert werden und bereits erbrachte Leistungen flexibel anerkannt werden. Mangelbereiche sollen für qualifizierte Quereinsteiger geöffnet werden. Als eigene Initiativen hat das Land das Studienangebot für Berufsschullehrer durch die Studiengänge in Elektrotechnik und Metalltechnik ausgeweitet, eine Imageverbesserung des Lehrerberufs durch die Aktion „Gute Leute machen Schule“ erreicht und die Ausbildungskapazitäten im Vorbereitungsdienst ausgebaut. Schleswig-Holstein scheint so unattraktiv nicht zu sein, wenn über 40 % der Bewerber aus anderen Bundesländern kommen.

Eine Fachkommission hat Vorschläge zu einer effizienteren Lehrerbildung erarbeitet. Die drei Phasen Erstausbildung, Referendariat und Fortbildung sollen stärker verknüpft und eine „Agentur für Bildungsinformation“ soll die Fort- und Weiterbildungsangebote des öffentlichen und privaten Marktes nach Inhalt und Qualität bündeln.

Nicht mehr nur die Berufsschulen sollen in eigener Verantwortung geeignete Lehrkräfte gewinnen können; diese Kompetenzen sollen im kommenden Jahr alle Schulen erhalten. Außerdem verfügen die Schulämter und Berufsschulen über Stundengebermittel, mit denen sie Vertretungskräfte bezahlen können.

Zusammenfassend bietet der Bericht nicht viele Neuigkeiten, weil in jüngster Zeit sehr viel über Nachwuchssicherungsmaßnahmen diskutiert worden ist; er macht jedoch deutlich, dass man in Schleswig-Holstein seit Jahren erhebliche Anstrengungen unternimmt, einen Lehrermangel zu vermeiden und den Lehrernachwuchs zu sichern. Er widerlegt die Behauptung, das Land habe nichts oder nicht genug getan, um das Problem des Lehrernachwuchses zu lösen.

Noch einige Anmerkungen zu Teil 2 des FDP-Antrages: Den Vorschlag, in Erwägung zu ziehen, dass der von Referendaren eigenverantwortlich erteilte Unterricht gesondert vergütet wird, haben wir im Bildungsausschuss diskutiert und einstimmig beschlossen. Wir sind der Auffassung, dass alle Anstrengungen – ich betone: alle – unternommen werden müssen, um den Lehrerberuf attraktiv zu machen. Uns ist klar, dass wir dazu die Prüfungsordnung ändern müssen. Den Bericht sollten wir im Bildungsausschuss weiter beraten.